



Niederschrift

Öffentlicher Teil

HFA/21/2017/14-19

Gremium	Ausschuss für Haushalt und Finanzen
Sitzung am:	19.10.2017
Sitzungsort	Gemeindesaal, Lindenallee 14, 15366 Hoppegarten

Beginn: 18.04 Uhr

Ende: 20.41 Uhr

anwesend:

Ausschussvorsitzende

Schlotte, Annett

Mitglieder

Schaefer, Ruth

Arndt, Christian

Toleikis, Wolfgang

Siebert, Sven (ab 18.09 Uhr)

Juschka, Kay

Kollecker, Karin

sachkundige(r) Einwohner(in)

Köbke, Heinz

von Wensierski, Petra

Heinecke, Robert

Imhof, Jürgen

Verwaltung

Herr Knobbe

Frau Huhle

Frau Dähne

abwesend:

Mitglieder

sachkundige(r) Einwohner(in)

Reinhardt, Björn (entschuldigt)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | |
|-------------------------|--|
| 1 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung |
| 2.1 | Feststellung von Ausschließungsgründen |
| 3 | Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 21.09.2017 |
| 4 | Mitteilungen der Verwaltung |
| 5 | Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden |
| 6 | Einwohnerfragestunde |
| 7 | Anfragen der Ausschussmitglieder |
| 8 | Vorbereitung der Gemeindevertretersitzung am 09.10.2017 |
| 8.1 | Beschlussvorlagen |
| 8.1.1 DS 263/2017/14-19 | Entwurf des Haushaltes der Gemeinde Hoppegarten für das Haushaltsjahr 2018 |

Öffentlicher Teil

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es wird die ordnungsgemäße Ladung der Sitzung festgestellt.
Der Ausschuss ist mit den o. a. anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

2 Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung

Es gab keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

2.1 Feststellung von Ausschließungsgründen

keine

3 Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 15.06.2017

Das Protokoll wird ohne Änderungen zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Knobbe teilte mit, dass die Unterzeichnung des Vertrages zum Schulbau erfolgte. Der Landkreis hatte zuvor seine Auskunft bezüglich der Kreditgenehmigung dahingehend präzisiert, dass im Jahr 2019 keine weitere Prüfung der Kreditwürdigkeit vorgenommen werden

wird. Die Leistungsfähigkeit der Kommune wurde bereits jetzt festgestellt. Der Kredit soll allerdings erst im Jahr 2019 aufgenommen werden.

Die Drucksache über die Grundstücke im Robinienweg könnte dahingehend geändert werden, dass der Verkauf erfolgen soll. Dazu wird sie nochmals in die Gemeindevertretung gegeben.

Am neuen Hönower Weg gibt es eine Pachtfläche, die der Pächter Herr Matzner kaufen möchte. Es handelt sich um Gemeinbedarfsfläche, die die Gemeinde nicht mehr benötigt. Die so generierten Mittel sollen nicht nur dem Schulbau zu Gute kommen, sondern auch für den Kauf des KWO-Geländes werden. Nach dem Beschluss, die Gesamtfläche zu erwerben, ist mit Mehrausgaben von ca. 1 Mio. Euro zu rechnen, die noch nicht im Haushalt eingestellt sind und für die eine Gegenfinanzierung nötig wird.

Von der Fa. Multiart liegt nunmehr die Schlussrechnung über 19.500 € für vor (Stromprojekt und Provisionsbeteiligung). Die Fa. hatte gewartet, bis wir alle Einnahmen aus dem Brandenburgtag erhalten haben. Der Betrag wird aus dem Bereich des Bürgermeisters bezahlt, die Mittel sind im Haushalt vorhanden.

Auf Nachfrage von Frau Schlotte teilte Herr Knobbe mit, dass die Finanzierung für den Schulbau nicht vergeben wird, sondern es wird ein Kommunalkredit aufgenommen. Ein Forwarddarlehen soll nicht aufgenommen werden.

Herr Juschka merkte an, dass sich der Landrat der Kreditaufnahme nicht in den Weg stellen werde. Dies habe er schon immer gesagt, nun habe sich dies bewahrheitet.

Frau Huhle verwies auf die Tischvorlage (Sand des Haushaltsvollzuges zum 30.09.2017).

Frau Schlotte fragte, ob Frau Huhle die Mail von Herrn Arndt zum Plan für die Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse beantwortet hatte. Frau Huhle hatte diese Mail nicht gelesen.

5 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

keine

6 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

7 Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Arndt fragte nach dem Maßnahmen- und Zeitplan zur Erstellung der Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse. Dieser sei auch den Gemeindevertretern zur Kenntnis gegeben worden.

Frau Huhle las das Schreiben an den Landkreis vor. Demnach ist geplant, den Jahresabschluss 2011 bis 30.06.2018 fertigzustellen, den Jahresabschluss 2012 bis 31.12.2018, den Jahresabschluss 2013 bis 30.06.2019, den Jahresabschluss 2014 bis 30.06.2020, den Jahresabschluss 2015 bis 31.12.2020, den Jahresabschluss 2016 bis 30.06.2021. Dazu muss die Besetzung aller Stellen im Finanzbereich gewährleistet werden, dies war bisher nicht gegeben. Die Mitarbeiter der Finanz- und Vermögensverwaltung sollen nicht dauerhaft mit

Überstunden belastet werden, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten. Deshalb sind die Stundenkonten monatlich zu überwachen. Sofern die Arbeitskraft der Mitarbeiter des Finanzbereiches nicht ausreicht, sollen z.B. durch interne zeitweilige Umstrukturierungen in der Verwaltung, Einsatz von Auszubildenden und Praktikanten sowie externe Unterstützung Arbeitsspitzen abgefangen werden. Die Zuarbeit durch andere Fachbereiche muss jederzeit qualitativ hochwertig erfolgen. Die Jahresabschlüsse sollen mit einer Finanzsoftware erstellt werden, damit sich die Mitarbeiter nicht in verschiedene Softwares einarbeiten müssen. Es wurde gebeten, das Schreiben vom 26.09.2017 als Anlage zum Protokoll zu geben.

Herr Arndt kritisierte den Zeitplan. Es müsse Zeit aufgeholt werden, damit wir nicht weiter nachhängen. In der Verwaltung sei es nicht möglich, endlos Überstunden anzusammeln, dies sei also keine Maßnahme. Praktikanten und Auszubildende könnten allenfalls Hilfsarbeiten ausführen. Wie sei die Forderung nach qualitativ hochwertiger Zuarbeit anderer Fachbereiche zu verstehen? Sei diese bisher so schlecht gewesen?

Frau Dähne teilte mit, dass für 2013/2014 mehr Zeit benötigt wird, weil in diesem Jahr die Softwareumstellung war. Dies ging einher mit teilweise anderen Zuordnungen und Kostenstellen, die Erstellung des Jahresabschlusses wird deshalb länger dauern. Bei der weiteren Hochrechnung lande man bei 2024 oder 2025, bis die Jahresabschlüsse aktuell seien. Es gehe nicht nur um 20 oder 30 Überstunden pro Mitarbeiter, sondern um 70 oder 80. Diese würden nicht automatisch abgebummelt, man könne sie sich auch auszahlen lassen. Von Juni bis August war der Finanzbereich nur mit 3 Personen besetzt, er lief also mit unter 50 % des Soll-Personals. Die volle Besetzung wird wahrscheinlich zum 01.12.2017 erreicht. Seit 2015 gab es nie volle Besetzung. Es wird innerhalb der Verwaltung geschaut, ob Personal aus anderen Fachbereichen aushelfen kann. Auch Hilfsarbeiten von Praktikanten und Auszubildenden können hilfreich sein. Qualitativ hochwertig heißt auch rechtzeitig, manches kommt zu spät oder muss zur Nacharbeit zurückgegeben werden.

Frau Huhle verwies auf das bisher Erreichte. Die Daten aus der alten Software wurden alle migriert. Auch wenn dies unspektakulär klinge, sei dies die Grundlage der Arbeit. Mit der richtigen Arbeit an der Eröffnungsbilanz wurde Anfang dieses Jahres begonnen. Der vorgelesene Zeitplan sei der offizielle, intern werde von schnellerer Erstellung der Jahresabschlüsse ausgegangen. Der offizielle Zeitplan kann definitiv gehalten werden, auch wenn Unvorhergesehenes geschieht. Wenn der erste Jahresabschluss vorliege und Routine eingeleitet sei, könne schneller gearbeitet werden. Bezüglich der Eröffnungsbilanz sei zu sagen, dass sämtliches bewegliches Anlagevermögen im System erfasst ist. Alle Gebäude sind fertig, die Straßen fast.

Herr Arndt unterbrach die Ausführungen von Frau Huhle und legte dar, dass uns seit Jahren gesagt werde, dass die Arbeiten fast fertig seien. Frau Huhle müsse sich an dem Satz messen lassen, dass dieser Zeitplan auf jeden Fall gehalten werde.

Frau Juschka ergänzte, dass sich Frau Huhle inzwischen auch an den eigenen Zeitplänen messen lassen müsse. Die für Sommer angekündigte Eröffnungsbilanz sei noch immer nicht fertig. Nach Rücksprache mit seinem Fraktionsvorsitzenden kündige er jetzt schon an, dass bis zum Vorliegen der Eröffnungsbilanz die CDU-Fraktion keiner Haushaltssatzung mehr zustimmen wird. Er hoffe, dass sich auch andere Fraktionen dem anschließen. Mit dem Zeitplan der Jahresabschlüsse bestehe kein Einverständnis. Es könne nicht sein, dass die übernächste Gemeindevertretung über die Jahre beschließe, die die jetzige verantwortete. Die Gemeindevertretung, die 2019 gewählt wird, solle doch über die von ihr verantworteten Jahre beschließen.

Frau Huhle bekundete ihr Erstaunen, dass die nunmehr Handelnden so kritisiert werden. Als sie im August 2016 anfang, gab es keinen Haushalt 2016. Es wurde geschafft, den Haushalt 2016 zu beschließen, den Haushalt 2017 im Januar und man sei mit dem Haushalt 2018 gut in der Zeit. Dazu kam der Nachtragshaushalt, dieser habe den Zeitplan für die Eröffnungsbilanz durcheinander gebracht. Der verlesene Zeitplan der Jahresabschlüsse sei nicht von ihr, sie habe diesen zur Kenntnis genommen. Der interne Zeitplan sehe anderes aus. Frau Dähne sagte dazu auf Nachfrage, dass sie das Schreiben an den Landkreis in Abstimmung mit dem Bürgermeister verfasst hat.

Herr Juschka schlug vor, die Summe zu erhöhen, ab der ein Nachtragshaushalt erstellt werden muss. Dies habe er bereits in einer anderen Sitzung vorgeschlagen. Die personelle Aufstellung im Finanzbereich sei Frau Huhle bei Erstellung ihres Zeitplanes bewusst gewesen, sie könne sich jetzt nicht darauf berufen. Dazu sagte Frau Dähne, dass die offenen Stellen im Finanzbereich zwar bekannt waren, aber die Besetzung hat auch wegen der Bindung an interne Abläufe länger als geplant gedauert. Über 2 Monate hat der Finanzbereich wegen längerer Krankheiten mit 3 statt 11 Personen gearbeitet. Der Nachtragshaushalt 2017 war laut Auskunft von Frau Huhle nur für die Aufnahme der Verpflichtungsermächtigung für den Schulneubau nötig, hatte also nichts mit Grenzen für die Erstellung eines Nachtragshaushaltes zu tun. Dies war am Jahresanfang nicht abzusehen.

Herr Siebert bat darum, die von der Verwaltung benannten Rahmenparameter zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz und Erstellung der Jahresabschlüsse protokollrelevant festzuhalten. Früher seien solche Aussagen von der Verwaltung ebenfalls gekommen, dies sei in den Protokollen nicht mehr nachzulesen. Die Migration der Daten sei sehr wichtig und deshalb zu begrüßen. Weshalb braucht es für 2013/214 mehr Zeit, wenn die Datenmigration bereits erfolgte? Wie wirkt sich die Besetzung des Finanzbereiches auf die Erstellung der Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse aus?

Frau Huhle teilte mit, dass Anfang dieses Jahres erstmals wieder die Stelle der Anlagenbuchhalterin besetzt wurde. Dafür wurde eine Mitarbeiterin der Kasse versetzt, diese Stelle fehlte im Tagesgeschäft. Zunächst wurde die Lücke von einer Zeitarbeitsfirma besetzt, erst später durch eine neue Mitarbeiterin. Deshalb hatte die Kassenleiterin beim Tagesgeschäft zu wenig Unterstützung und nicht genug Zeit für Forderungs- und Verbindlichkeitsbewertung. Die Datenmigration ist zwar erfolgt, aber es wurden noch später Buchungen nachgeholt, die geprüft werden müssen. Im Jahr 2014 wird der Mandant, der für die Erstellung der Eröffnungsbilanz und der Jahresabschlüsse 2011 bis 2013 erstellt wurde, ins Echtsystem übergeleitet, deshalb wird der Zeitpuffer benötigt.

Soll für die Erstellung der Jahresabschlüsse eine Task Force in der Verwaltung gebildet werden?

Frau Huhle wunderte sich, dass die Gemeindevertreter so lange ruhig geblieben sind. Dazu sagte Frau Schaefer, dass die Gemeindevertreter als Laien die Fehler, die gemacht wurden, teils erst spät sahen, sie seien aber nicht ruhig geblieben. Herr Tokleikis habe den Haushalten teilweise nicht zugestimmt. Es habe eine Verkettung vieler Umstände gegeben, die Gemeindevertreter hätten sicher strenger sein sollen. Die Problematik sei offenbar von den Bürgermeistern unterschätzt worden. Frau Schaefer habe seit dem Arbeitsbeginn von Frau Huhle erstmals das Gefühl, das Ordnung einzieht. Die notwendige Zeit sei ihr zu geben. Der Zeitplan sei nicht schön, aber wenigstens realistisch.

Herr Tokleikis teilte seine Verärgerung mit. Das Schreiben an den Landkreis trage mit dazu bei, dass die Gemeinde Hoppegarten zum Gespött im Landkreis wird. Der Hauptverwal-

tungsbeamte müsse sich kümmern, dies habe er zu wenig getan. Laut Gemeindevertreterbeschluss sollte die Eröffnungsbilanz zum 30.11.2013 vorliegen. Diesen Beschluss habe der Bürgermeister nicht umgesetzt und auch keine Maßnahmen ergriffen, den abzuwehren. Es könne nicht sein, dass wir mit Jahresabschlüssen immer 5 Jahre hinterherhinken. Wir sind die einzige Gemeinde im Landkreis ohne Eröffnungsbilanz. Auf den Einwand, dass dies nicht auf ganz Brandenburg zutrefe, sagte Herr Toleikis, dass wir uns nicht am negativsten messen sollten.

Auf Nachfrage von Herrn Imhoff wurde erklärt, aufgrund welcher Auflage das Schreiben an den Landkreis ging. Herr Juschka meinte dazu, dass man den Landkreis nicht ernst nehmen könne, auch der verhalte sich peinlich. Wichtiger sei das Verhältnis der Gemeindevertreter zur Verwaltung, die Beschlüsse der Gemeindevertretung seien umzusetzen. Wenn dies nicht geschehe, müssten Konsequenzen gezogen werden.

Herr Arndt bemängelte die Aussage von Frau Schaefer. Dies heiße nämlich, dass vor dem Arbeitsbeginn von Frau Huhle Unordnung herrschte. Für die Erstellung der Eröffnungsbilanz und der Jahresabschlüsse sei aber der Bürgermeister zuständig. Die Aussagen der Kämmerin seien nicht nachprüfbar, die Kämmerin stelle auf und habe dies 1 ½ Jahre nicht bekommen. Wenn die Voraussetzungen dafür nicht vorlägen, habe sie diese in Abstimmung mit dem Bürgermeister zu schaffen. Das Abwälzen von Schuld sei nicht in Ordnung, andere hätten Frau Huhle verteidigt.

Dazu wandte Frau Schlotte ein, dass das Problem nicht die Kämmerin sei, sondern der Finanzbereich. Die Kämmerer seien immer an der Buchhaltung gescheitert. Für die Versäumnisse sei Frau Dähne als Leiterin der Vermögensverwaltung zuständig. Die Personalverantwortliche müsse erklären, wie sie die Besetzung des Finanzbereiches sicherstellen wolle.

Frau Huhle stellte klar, dass sie keine Personalverantwortung habe. Die Kämmererei besteht nur aus ihr, sie ist dem Finanzbereich zugeordnet. Von dort erhält sie viel Unterstützung. Die Ablehnung des Haushaltes helfe nicht bei der Eröffnungsbilanz nicht weiter, dies führe nur zu weiterem aufschieben.

Herr Siebert merkte an, dass es nur eine andere Gemeinde in Brandenburg gibt, die noch keine Eröffnungsbilanz hat. Wir sollten uns eher an den Gemeinden orientieren, die im Zeitplan sind.

Die Frage nach der personellen Lösung unseres Dilemmas sei nicht beantwortet. Frau Schaefer schloss sich der Forderung an, nach Vorliegen der Eröffnungsbilanz eine Arbeitsgruppe zur Erstellung der Jahresabschlüsse einzurichten.

Herr Knobbe stellte klar, dass die an den Landkreis übermittelten Daten die schlechteste Variante sind, intern gibt es einen kürzeren Zeitplan. Es gebe keinen Dissens, dass die Jahresabschlüsse möglichst schnell vorliegen müssen. Der Einrichtung einer Task Force verschließt er sich nicht. In der nächsten Sitzung des Finanzausschusses werden der interne Zeitplan und die Umsetzung vorgestellt.

Frau Schlotte wünscht in der nächsten Sitzung auch einen Personalüberblick über die anderen Fachbereiche. Es stelle sich die Frage, ob dort auch Personal fehle.

Herr Knobbe sagte dazu, dass nur eine bestimmte Anzahl von Ausschreibungen zur gleichen Zeit zu bewältigen ist. Manchmal lohne es auch, dass länger gewartet wird, um kompetentes Personal zu erhalten.

Herr Heinecke meinte, dass dies kein Thema für en Finanzausschuss sei. Frau Schlotte solle eine Anfrage stellen.

Herr Imhof äußerte sein Befremden, dass die Kreditwürdigkeit festgestellt wird, ohne dass dafür die Voraussetzungen vorliegen.

8 Vorbereitung der Gemeindevertretersitzung am 04.12.2017

8.1 Beschlussvorlagen

8.1.1 Entwurf des Haushaltes der Gemeinde Hoppegarten für das Haushaltsjahr 2018

Frau Schlotte fragte, welche Grundstücksverkäufe zur Erhöhung der Liquidität vorgehen sind. Dies sind die Lindenallee 36, die beiden Grundstücke in der Siedlungserweiterung Hönow und Robinienweg 14 sowie 21 jeweils mit dem Bilanzwert.

Frau Schlotte wandte ein, dass die Lindenallee 36 bereits im Haushalt 2017 eingestellt war.

Frau Huhle teilte mit, dass die ersten 5 Grundstücke vom Robinienweg in den nächsten Jahren als Verkäufe geplant sind, um die Liquidität wieder herzustellen. Später kann überlegt werden, ob die weiteren in Erbbau vergeben werden.

Es sollen ungenutzte Grundstücke an den Markt gehen, die bisher Kosten verursachen. Die Grundstücke in der Siedlungserweiterung sind mit dem Bilanzwert als Erlös geplant dies sind 308 T€ bzw. 340 T€.

Herr Siebert lobte die übergebene Aufstellung zum Haushaltsvollzug. Es sei festzustellen, dass die Gewerbesteuereinnahme über dem Plan sind. Das Veranlagungssoll der Gewerbesteuer beläuft sich nach Auskunft von Frau Dähne auf 7,5 Mio. €. Frau Huhle hat nicht die Absicht, den Ansatz für die Gewerbesteuer zu erhöhen.

Herr Arndt fragte nach dem Grund der Ansatzserhöhung für Straßenreinigung/Winterdienst sowie Natur- und Landschaftspflege (S. 191 und 200). Beides ist laut Frau Schlotte ausgeschrieben. Laut Frau Huhle erfolgte eine Ausschreibung, dort kamen die Bushaltestellen dazu.

Über die Planansätze für die Folgejahre wunderte sich Herr Arndt, denn diese wurden nicht bzw. nur unwesentlich im Vergleich zu 2017 erhöht. Dazu teilte Frau Huhle mit, dass die Anmeldungen nur für 2018 erfolgten. Nach Vorliegen des Jahresergebnisses 2017 werden die Ansätze für die weiteren Jahre geprüft.

Der Winterdienst bei den Bushaltestellen wurde früher vom Bauhof gemacht, nun wird extern vergeben.

Frau Schlotte schlug vor, die Mittelanmeldungen mit Begründungen einzuscannen. Dies spare Fragen. Herr Knobbe stellte klar, dass dies ganze Ordner seien.

Herr Juschka fragte nach dem Konzept zur Haushaltskonsolidierung. Dies solle auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen werden. Frau Schlotte verwies auf die mittelfristige Finanzplanung im Haushalt.

Herr Juschka schlug vor, die Fachbereichsleiter zur Mittelanmeldung zu hören. Dazu verwies Herr Knobbe auf die Sondersitzungen in den vergangenen Jahren, in denen kaum Fragen kamen. Es wäre natürlich möglich, dies im Haushalts- und Finanzausschuss zu machen im Rahmen einer Sondersitzung. In den Fraktionen sei zu klären, ob Einverständnis mit diesem Vorgehen herrscht. Frau Schlotte wandte ein, dass dazu die Fragen vorher eingereicht werden müssen.

Herr Arndt bat um Auskunft, ob die angemeldeten Ansätze in den Haushalt übernommen werden. Nein, nur nach Prüfung, teils wird geändert laut Frau Huhle. Dies erfolgt in Absprache.

Frau Kollecker fragte, weshalb der Bauhof den Winterdienst der Bushaltestellen nicht mehr erledigen will. Des Weiteren bezweifelt ihre Fraktion, dass die Mittel für die Feuerwehr Hönow im Jahr 2018 gebraucht werden, wenn noch unklar ist, wo der Bau errichtet werden soll. Die neue Feuerwehr wird gebraucht, aber der Bau wird wohl nicht 2018 erfolgen. Frau Kollecker bat auch um Auskunft bezüglich der Lenne´-Schule, wie ist der Planungsstand? Frau Dähne teilte mit, dass der Bauhof die Bushaltestellen weiter pflegen wird, nur der Winterdienst wird abgegeben. Das Personal des Bauhofes ist auch in der Feuerwehr und hat im Winter oft Einsätze. Deshalb kann der Winterdienst an den Bushaltestellen zur Verkehrsicherung nicht geleistet werden. Laut Herrn Knobbe ist Planung und Ausschreibung zur Feuerwehr Hönow im Jahr 2018 geplant, deshalb muss es in den Haushalt. Die Ausführung wird sicher später sein. Bezüglich der Lenne´-Schule wird am Freitag eine Beratung der Fachbereichsleiter und der Kämmerin stattfinden. Frau Kollecker bat, das Ergebnis der Beratung in der Sitzung des zeitweiligen Ausschusses für den Schulneubau am 26.10.2017 als Mitteilung der Verwaltung zu geben.

Herr Köbke fragte, ob für den Neubau der Feuerwehr ein weiterer Kredit nötig ist. Er ist auch der Meinung, dass wir eine weiterführende Schule brauchen. Dazu sagte Herr Knobbe, dass in der Lenne-Schule können nach der Erweiterung die Kinder, die jetzt Plätze brauchen, untergebracht werden können. Das Schulamt wird vermutlich seine Auffassung zum Bedarf an weiterführenden Schulen nicht ändern, möglicherweise wird der Schulbau der Gebrüder-Grimm-Schule später an einen freien Träger vergeben. Nach Auffassung von Frau Huhle benötigen wir keinen Kassenkredit, auch wenn die Liquidität knapp wird.

Herr Siebert fragte, weshalb die Planung und der Haushaltsvollzug beim Unterhalt der Grundstücke und Gebäude so stark abweichen. Wurden Aufgaben nicht realisiert, insbesondere bezüglich der Lenne-Schule?

Geplant waren Dachsanierung Neubau Haus 4 und Dachsanierung Haus 2 laut Frau Dähne. Die Dachsanierung Haus 4 wurde durchgeführt, für Haus 2 wurde die Ausschreibung wegen zu hochpreisiger Angebote aufgehoben. Dafür soll noch in diesem Jahr die Dachsanierung des Altbaus Haus 4 erfolgen, die Ausschreibung ist dazu bereits gelaufen. Die Dachsanierung Haus 1 und 2 soll im nächsten Jahr erfolgen, ca. 150 T€ pro Dach zuzüglich 20 T€ für Fassadensanierung. Es wird keine Kompletterneuerung der Fassade, nur eine Sanierung. Im Jahr 2019 sind die Häuser 3 und 5 geplant, 150 T€ für Haus 3 und 130 T€ für Haus 5. Dazu kommen 1 Mio. € Umbau Haus 4 in Hort.

Herr Siebert bat dazu um eine Übersicht der Maßnahmen und Kosten. Frau Dähne hat eine Übersicht, es wurde um Anhang ans Protokoll gebeten. Frau Dähne wird die Kostenübersicht ab 2015 liefern.

Frau Schaefer fragte nach der Kostensteigerung für den Spielplatz am Bahnhof um 44 T€. Herr Knobbe teilte mit, dass die geplanten Anschaffungen für 50 T€ nicht realisierbar sind und deshalb wurde der Ansatz um 44 T€ erhöht.

Frau Huhle teilte mit, dass sich der WTI-Ausschuss dafür ausgesprochen hat, zu schauen, was man für 50 T€ bekommt und wie dies angenommen wird. Später kann möglicherweise ergänzt werden. Herr Juschka sprach sich dagegen aus, da der Spielplatz gebraucht werde mit hochwertigen Spielgeräten. Für den Park, der einen verheerenden Eindruck biete, habe man Geld ausgegeben. Herr Juschka stellte klar, dass dort Zuzug stattfand und der Spielplatz nicht für seine eigenen Kinder notwendig sei.

Frau Schaefer wies darauf hin, dass die Probleme beim Anbau Haus 4 bereits vor Fertigstellung benannt wurden. Unsere Gemeinde kontrolliere die Baufirmen nicht und müsse sich hinterher mit dem Pfusch auseinandersetzen. Sie bat um Auskunft zur Baubetreuung der Grimm-Schule.

Laut Herrn Knobbe ist der Anbau Haus 3 nicht mit dem anstehenden Neubau zu vergleichen. Die Verwaltung wird sich nun nach der Auftragsvergabe abstimmen, wie der Bau innerhalb und außerhalb der Verwaltung begleitet wird. Er geht von externer Kontrolle bereits bezüglich der Pläne aus.

Herr Juschka ist der Auffassung, dass der Auftragnehmer dem Auftraggeber ein mängelfreies Gebäude schuldet. Er fragte, was nun darüber hinaus diskutiert wird. Dazu wies Herr Knobbe auf die Auftraggeberpflichten im Bauvertrag hin, z.B. Freigabe von Plänen und bautechnische Abnahmen. Bezüglich des Anbaus müssen wir uns nun mit der Insolvenz des Auftragnehmers auseinandersetzen.

Des Weiteren bemängelte Herr Juschka die öffentliche Kritik von Frau Schmidt als Rektorin an den Problemen mit dem Anbau. Frau Schmidt habe genug eigene Probleme in ihrer eigenen Verantwortung. Frau Schlotte vermutet Fehler beim Nutzerverhalten, die auch zu den Problemen beigetragen haben können. Davon habe Frau Schmidt wohl ablenken wollen. Die amtliche Prüfung fand Frau Schaefer richtig.

Frau Huhle teilte mit, dass beim Bauausschuss nach den Leuchtpunkten gefragt wurde. Sie hat eine Übersicht, die ans Protokoll könnte. Dies wurde dankbar aufgenommen, bitte auch ans Protokoll des Bauausschusses.

Gez. Annett Schlotte

gez. Karin Kolleyer

Ausschussvorsitzende

Protokollantin